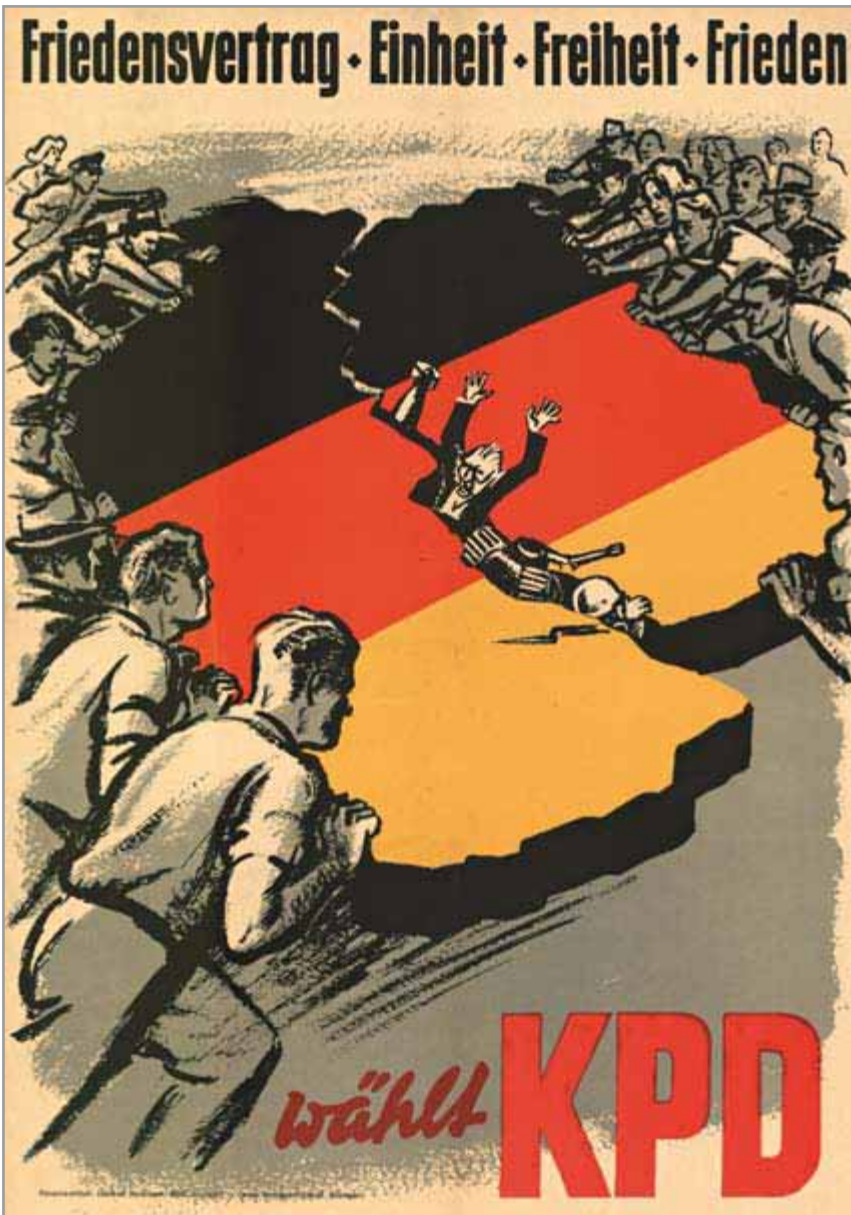


C 11 »Friedensvertrag + Einheit + Freiheit + Frieden« (1952)



Stadtlarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 4895

Plakat der KPD zu den Stalin-Noten von 1952

Auf dem 1952 veröffentlichten Plakat der KPD ist Bundeskanzler Konrad Adenauer als Gegner der Wiedervereinigung abgebildet.

ARBEITSAUFRÄGE

- ▶ Beschreibe das Plakat und ermittle seinen Auftraggeber.
- ▶ Arbeite die Botschaft heraus, die das Plakat vermitteln will. Berücksichtige dabei zunächst die Darstellung und Charakterisierung Konrad Adenauers und seiner Politik. (Beachte die ihm beigegebenen kriegerischen Attribute.) Erläutere darüber hinaus die Darstellung der handelnden Personen. Versuche festzustellen, welche Bevölkerungsgruppen sie repräsentieren sollen.
- ▶ Stelle die von den Westmächten (vgl. Hintergrund) geäußerten Bedenken den Versprechungen des Plakats gegenüber. Ziehe dazu auch die auf der ersten empfohlenen Internetseite zugänglichen Materialien hinzu, insbesondere die zweite Note der Westalliierten an die Sowjetunion.
- ▶ Die Diskussion um die Stalin-Noten von 1952 wollte nie verstummen. Erkunde, welche Argumente noch jahrzehntelang für bzw. gegen die Annahme der Noten vorgebracht wurden.

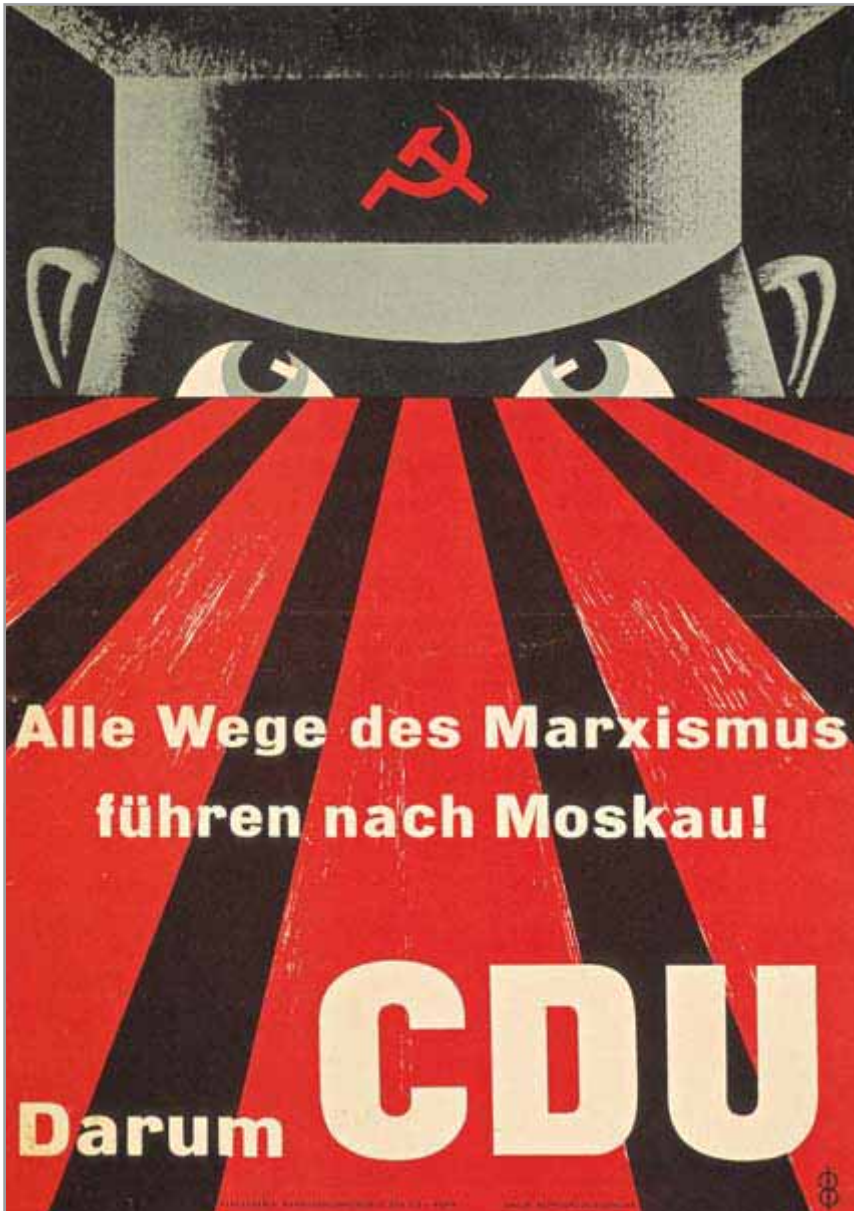
Empfohlene Internetseiten:

www.dhm.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/ZweiStaatenZweiWege/stalinnoten.html
www.digam.net/expo/stalin-note1952/einf.html
www.zeit.de/1990/27/Die-alten-Gebetsmuehlen

Hintergrund

Am 10. März 1952, während der Verhandlungen über den Deutschland- und den EVG-Vertrag, bot Stalin in einer Note an die Westmächte Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands, den Abschluss eines Friedensvertrages und die Aufstellung nationaler Streitkräfte an. Im Gegenzug forderte er den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland und die Neutralität des vereinten Deutschlands. Die Westmächte hielten die Vorschläge für ein taktisches Manöver, um die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Sie setzten die Vertragsverhandlungen

mit der Bundesrepublik fort. Auf die sowjetischen Vorschläge antworteten sie mit der Forderung nach freien Wahlen, aus denen eine gesamtdeutsche Regierung hervorgehen sollte. Sie lehnten eine Neutralisierung Deutschlands ab. Die UdSSR stimmte zwar der Forderung nach freien Wahlen zu, wollte aber zuvor eine gesamtdeutsche Regierung einsetzen. Außerdem bestand sie auf der Neutralität eines vereinigten Deutschlands. Der Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten wurde schließlich im September 1952 ergebnislos abgebrochen.

C 12 »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!« (1953)


Haus der Geschichte, Bonn

Hintergrund

Schon zur ersten Bundestagswahl 1949 veröffentlichte die CDU ein Plakat, in dem sie die Kampagne gegen die Sowjetunion mit Vorwürfen gegen die SPD verknüpfte. Den Sozialdemokraten wurde unterstellt, gegenüber der Sowjetunion Schwäche zu zeigen. Auch ein FDP-Plakat von 1953 zielte in diese Richtung mit dem Slogan gegen den damaligen Kanzlerkandidaten der SPD: »Wo Ollenhauer pflügt, sät Moskau!«. Die Gegner der SPD machten sich den Umstand zu Nutze, dass die Partei damals eine sozialistische Wirtschaftspolitik vertrat. Wegen der Mängel­lage nach dem

Krieg sprach sie sich für eine öffentliche Lenkung und Planung der Wirtschaft aus. Dazu kam die Ablehnung der Pläne Konrad Adenauers, die Bundesrepublik im Rahmen des Westbündnisses zu bewaffnen. Die SPD reagierte auf die Angriffe der Regierungsparteien mit Empörung. Auch viele Jahre später, im Bundestagswahlkampf von 1980, stieß der Wahlslogan der CDU »Freiheit oder Sozialismus« auf scharfe Kritik. In der öffentlichen Auseinandersetzung über diesen Spruch wurden Parallelen mit dem Plakat von 1953 und der Art der politischen Auseinandersetzung in der Nachkriegszeit gezogen.

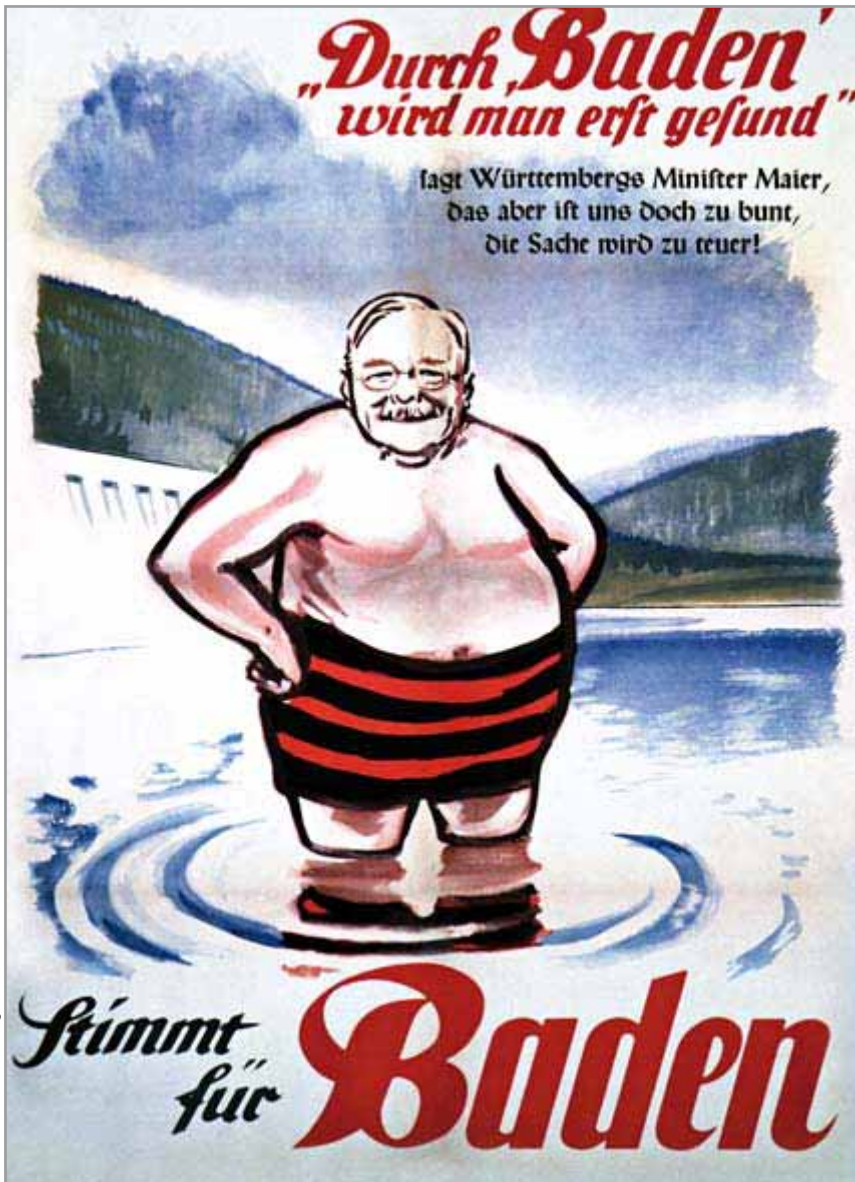
Plakat der CDU zur Bundestagswahl am 16. September 1953

Das CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1953 wendet sich gegen die Ideologie des Marxismus und deren Anhänger. Es ist Teil der antisowjetischen Propaganda in den Jahren des Kalten Kriegs. Zugleich zielt es auf die innenpolitischen Gegner der Regierungspartei. Ohne die SPD wörtlich zu nennen, ist die Aussage gegen die Sozialdemokraten mit ihrer marxistischen Tradition gerichtet, die sich offiziell erst im Godesberger Programm von 1959 von der marxistischen Weltanschauung distanzieren sollten. Auch die CSU setzte das Bildmotiv und die Aussage »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!« im Wahlkampf ein.

ARBEITSAUFTRÄGE

- ▶ Beschreibe den Aufbau des Plakats und benenne die von ihm ausgehende Botschaft.
- ▶ Arbeite die Mittel heraus, auf denen die suggestive Wirkung des Plakats beruht. Beachte hierbei den Kopf mit der Uniformmütze und die strahlenförmig auf ihn zulaufenden Wege.
- ▶ Erläutere, wofür der Begriff »Moskau« steht.
- ▶ Untersuche, auch im Vergleich mit den Plakaten **C 8**, **C 9** und **C 10**, mit welchen Ängsten der Menschen das Plakat spielt.
- ▶ Beurteile, in welcher Hinsicht das Plakat dazu dienen sollte, den von der Regierung Adenauer eingeschlagenen Weg in der Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik zu verteidigen.
- ▶ Erörtere, inwiefern sich das Plakat auch gegen die SPD richtete, ohne sie namentlich zu nennen. Informiere dich dazu auch über die Zusammensetzung des Ersten Deutschen Bundestages (1949–1953) und der Bundesregierung unter Konrad Adenauer.

C 13 »Durch ›Baden‹ wird man erst gesund« (1951)



Plakat zur Volksabstimmung über den Südweststaat (ab 1952 Baden-Württemberg) am 9. Dezember 1951

gehört zum Schluchseewerk, einem der Glanzstücke der damals in Baden, anders als in Württemberg, vom Staat betriebenen Elektrizitätsversorgung. Erläutere, welche Bedeutung dieser Tatsache für die Aussage des Plakats zukommt.

► 1919 veröffentlichte die »Berliner Illustrierte Zeitung« ein Foto, das den Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) und den Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) in Badehose zeigte. Das Foto wurde von der Rechten in einer Hetzkampagne gegen Ebert verwendet. Der Autor des Plakats zur Volksabstimmung von 1951 ließ sich vermutlich von diesem Foto inspirieren. Nimm vor diesem Hintergrund Stellung dazu, dass das Plakat zu einem Skandal führte und z. B. in Mannheim nicht gezeigt werden durfte. Der Mannheimer Oberbürgermeister Hermann Heimerich erklärte, das Plakat erinnere ihn an Methoden, die in den Weimarer Jahren gegen Friedrich Ebert angewandt worden seien. Beziehe in deine Überlegungen den Art. 5 des Grundgesetzes mit ein.

Hintergrund

Nachdem die alliierten Besatzungsmächte Südwestdeutschland im Sommer 1945 in die Länder Württemberg-Baden (US-amerikanische Zone), Württemberg-Hohenzollern und Baden (französische Zone) aufgeteilt hatten, stand seit 1948 die Zusammenlegung zum Südweststaat (Baden-Württemberg) zur Diskussion. Die Entscheidung sollte in einer Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 fallen. Im Vorfeld des Plebiszits kam es zum heftigen Schlagabtausch zwischen Gegnern und Befürwortern der Länderneugliederung. Die Arbeitsgemeinschaft der Badener trat mit mehreren Plakaten an die Öffentlichkeit, in der

sie gegen die Idee des Südweststaats und deren Befürworter polemisierte.

ARBEITSAUFTRÄGE

- Beschreibe das Plakat und berücksichtige dabei insbesondere den verwendeten Wortwitz.
- Erkläre die Absicht, mit der Reinhold Maier, Ministerpräsident von Württemberg-Baden, im Plakat als »Württembergs Minister« bezeichnet wird.
- Erkunde, weshalb Reinhold Maier bevorzugt als Ziel der Angriffe der Arbeitsgemeinschaft der Badener herhalten musste.
- Der Stausee, in dem Reinhold Maier steht, ist der Schluchsee. Die von 1929 bis 1932 errichtete Talsperre



C 14 »Vereinigtes Europa? Der erste Schritt – Südweststaat« (1951)

Plakat zur Volksabstimmung über den Südweststaat (ab 1952 Baden-Württemberg) am 9. Dezember 1951

Die Befürworter eines Zusammenschlusses der drei südwestdeutschen Nachkriegsländer argumentierten neben wirtschaftlichen Aspekten vor allem auch mit der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg, mit der sich die Kleinstaaterei im Südwesten nicht vereinbaren lasse.

ARBEITSAUFTRÄGE

► Analysiere das Plakat. Berücksichtige dabei insbesondere den Akteur und die Bedeutung der von links unten nach rechts oben ansteigenden Diagonale.

► Beschreibe die Botschaft, die das Plakat vermitteln will. (Zur Erläuterung: Die Fahne mit dem grünen »E« auf weißem Grund diente seit 1949 als Wahrzeichen der europäischen Bewegung. Der in der Mitte zertretene Grenzbalken trägt links die badischen Farben Gelb-Rot-Gelb und rechts das württembergische Schwarz-Rot.)

► Stelle fest, in welchen europäischen Organisationen bzw. Institutionen die junge Bundesrepublik 1951 bereits als Mitglied vertreten war.

► Informiere dich über den Ausgang der Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951. Nutze dazu die angegebene Internetseite, auf der die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg ausführlich dargestellt ist: www.lpb-bw.de/publikationen/politischelandeskunde/99/suedweststaat.htm

► Erkunde das Abstimmungsergebnis der beiden Volksabstimmungen von 1951 und 1970 für deinen Schul- oder Wohnort.

► Vergleiche die Artikel 29 und 118 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und stelle fest, welcher dieser Artikel die verfassungsrechtliche Grundlage für die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg abgab.



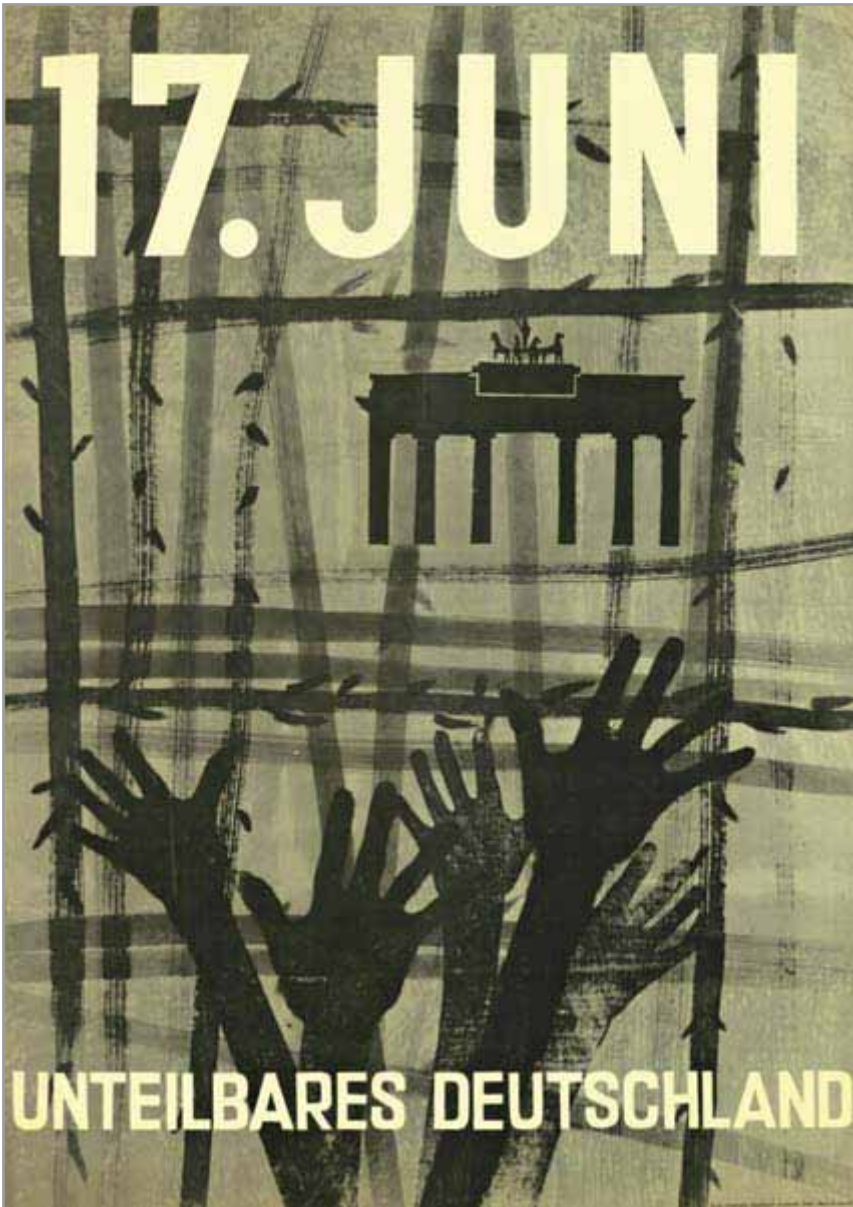
LMZ Baden-Württemberg

Hintergrund

Nachdem die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland und der Zweite Weltkrieg den Kontinent gespalten hatten, strebten die Regierungen Europas ein Bündnis der Länder zur Sicherung der Demokratie und des Friedens an. Maßgeblich unterstützt wurden sie dabei vom »American Committee for a United Europe«. Bereits 1946 sprach sich der britische Oppositionsführer Winston Churchill für eine Art »Vereinigte Staaten von Europa« aus. Mit dem Ziel der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Förderung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt wurde der

Europarat am 5. Mai 1949 durch zehn europäische Staaten gegründet (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden). Die Bundesrepublik trat dem Bündnis 1951 bei. Damit besaß die Idee des Vereinigten Europa im Jahr der Volksabstimmung über den Südweststaat hohe Aktualität. Befürworter des Südweststaats sprachen sich gegen die historisch überkommene Kleinstaaterei aus.

C 15 »17. Juni« (um 1955)



Stadtsarchiv Mannheim, Plakatsammlung 1143

Quelle

Der Regierende Bürgermeister Berlins, Ernst Reuter, am 23. Juni 1953:

»(...) Wir gehören als freies, stolzes Volk zur freien Welt, wir bekennen uns zu freien Welt und werden nicht ruhen und nicht rasten, bis wir unser Ziel erreicht haben, zu dieser freien Welt aus eigenem Entschluß, aus eigener Kraft, aus eigenem Willen zu gehören. Der 17. Juni 1953 ist (...) das größte Ereignis der Geschichte, das wir seit langem erlebt haben. Niemand kann sagen, ob es uns heute oder morgen oder übermorgen zum Ziele führen wird, aber das wissen wir: Dieser

elementar-wichtige Aufstand unseres Volkes, dieser Marsch der deutschen Arbeiter, diese revolutionierende, entflammende Wirkung der deutschen Jugend unter dem totalitären System, dies alles hat die Welt aufgerüttelt, und die Bahn ist frei gemacht für eine bessere Zukunft. Keine Macht der Welt, niemand wird auf Dauer uns Deutsche voneinander trennen können, wir werden zusammenkommen, wir werden zusammenwachsen, wie wir seit langem in dieser Not innerlich zusammengewachsen sind. Unsere Stadt wird wieder eine Einheit werden, äußerlich wie sie es innerlich immer gewesen ist, und unser Land wird wieder eine Einheit

Plakat zur Erinnerung an die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953

Das Plakat dient der mahnenden Erinnerung an den 17. Juni 1953, als sowjetische Truppen in der DDR mit Waffengewalt gegen Demonstranten vorgegangen waren. In der Bundesrepublik lösten die Ereignisse Empörung aus. Als Zeichen der Solidarität mit den Opfern des Aufstands erklärte der Bundestag den 17. Juni mit Gesetz vom 4. August 1953 zum Tag der deutschen Einheit und zum gesetzlichen Feiertag (bis 1990). Am ersten Jahrestag des Volksaufstands gründeten Vertreter aus Politik, Kultur und Wirtschaft in Westberlin das Kuratorium Unteilbares Deutschland, das fortan mit politischen Aktionen und symbolischen Veranstaltungen an den 17. Juni erinnerte und die Wiedervereinigung einforderte.

werden in Freiheit, wie es nach unserem besten Wissen und Gewissen immer gewesen ist und immer hat sein sollen. (...)«

Aus: 17. Juni – Reden zum Tag der deutschen Einheit, Bonn 1964

ARBEITSAUFTRÄGE

- ▶ Beschreibe das Plakat und beachte dabei insbesondere die Perspektive, in die der Betrachter des Plakats hineinversetzt wird.
- ▶ Erkläre den Symbolgehalt des abgebildeten Brandenburger Tors. Beziehe dabei die Rede von Ernst Reuter (Quelle) mit ein (vgl. Plakat C 9).
- ▶ Erstelle eine Mindmap zum Thema »17. Juni« unter den Aspekten »Ursachen, Verlauf, Folgen« (vgl. www.17juni53.de/home/index.html).
- ▶ Liste Stichworte als Grundlage für eine Diskussion auf, in der du für die Einführung des 17. Juni, des »Tags der deutschen Einheit«, als Nationalfeiertag des wiedervereinten Deutschland eintrittst.